

# Deutschland am Scheideweg

## UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan beurteilt die Meinungsfreiheit in der BRD als »schwindend«

Von Max Grigutsch

Wer sich faktenorientiert mit der Meinungsfreiheit in Deutschland befasst, stellt unweigerlich fest, dass die Lage nicht so rosig ist. Zu diesem Schluss kam auch die UN-Sonderberichterstatterin zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Irene Khan, während ihres knapp zweiwöchigen Besuchs in der Bundesrepublik. [»Die Meinungsfreiheit in Deutschland schwindet zunehmend und wird durch mehrere negative Trends untergraben«](#), sagte sie am Freitag in Berlin vor Journalisten. Das Land befinde sich an einem »Scheideweg«. Die Menschenrechtsanwältin kritisierte vor allem die Behandlung derer, die ihre Solidarität mit den Menschen in Palästina angesichts des anhaltenden Massenmords durch Israel zum Ausdruck bringen.

Khan reiste vom 26. Januar bis zum 6. Februar nach Berlin, Dresden, Köln, Düsseldorf und Karlsruhe – der erste offizielle Landesbesuch in Deutschland, seit das Mandat der Sonderberichterstatterin 1993 eingeführt worden war. Ihr Bericht vor dem UN-Menschenrechtsrat ist für Juni angekündigt.

Der dürfte dann auch folgende Aussagen enthalten: »Die Reaktion der Behörden auf Aktivismus mit Palästina-Bezug nach den Angriffen der Hamas auf Israel im Oktober 2023 hat Anlass für eine signifikante Anzahl von Beschwerden aus der Zivilgesellschaft gegeben.« Darunter verbuchte Khan solche über »Einschränkungen und Verbote friedlicher Proteste, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen, übermäßige Gewaltanwendung, Abschiebedrohungen gegen einige Personen und Razzien in Wohnungen von Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern«. Die Regierung sei auf diese Bedenken gegenüber Khan mit Bekenntnissen zu Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingegangen.

Ein Hauptaugenmerk der Mandatsträgerin sei »die Anwendung von Antiterrorgesetzen, um den Inhalt palästinensischer Interessenvertretung weitgehend einzuschränken oder zu verbieten«. So seien »Hunderte von Aktivisten« wegen der Parole »From the river to the sea, Palestine will be free« verhaftet worden, weil sie als Ausdruck von Unterstützung für die Hamas gewertet wurde. Ein »generelles Verbot oder eine Kriminalisierung allein aufgrund des Aussprechens eines Slogans« sei »unverhältnismäßig« und stehe »nicht im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards«. Der vielfach beklagte Antisemitismus in Deutschland sei »real und wachsend«, allerdings habe die sogenannte IHRA-Arbeitsdefinition deutsche Behörden dazu verführt, Kritik an Israel als Antisemitismus zu brandmarken. Auch das sei nicht mit Meinungsfreiheit kompatibel.

Die Ausladung von ihrer UN-Kollegin, der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese, von einer Veranstaltung an der Freien Universität Berlin im Februar 2025, unter Druck von Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner (CDU), bezeichnete Khan auf *jW*-Nachfrage als »Überreaktion«. Albanese führe ihr Mandat unabhängig und professionell aus. Bei Ausweichveranstaltungen - [unter anderem in den Räumen der Tageszeitung \*junge Welt\*](#) - habe sie nur unter erheblicher Polizeipräsenz sprechen können. Albanese selbst hatte das Vorgehen gegen sie als »Mafiamethoden der Einschüchterung und Bedrohung« bezeichnet, die sie noch nie erlebt habe.

Trotz allem urteilte Khan vorläufig, Deutschland habe »bewundernswerte Anstrengungen unternommen, um aus historischen Fehlern zu lernen«. Meinungs-, Presse-, akademische und künstlerische Freiheit genossen generell einen »starken verfassungsrechtlichen Schutz, gestützt durch eine unabhängige und starke Justiz«. Zur Beobachtung von *junge Welt* durch den Verfassungsschutz unter Vorwürfen des »Linksextremismus« - [zuletzt bestätigt durch einen Richter, der wenig später Chef des Verfassungsschutzes in Brandenburg wurde](#) - wollte Khan sich auf Nachfrage nicht spezifisch äußern, da sie sich mit dem Fall nicht beschäftigt habe. Die UN-Funktionsträgerin mahnte aber, es müsse klarer juristisch definiert werden, was überhaupt als »Extremismus« gelte. Das Label führe zu Stigmatisierung und Selbstzensur. Letzteres trifft zumindest für die *junge Welt*, die nach wie vor dem Leitsatz »Sagen, was ist« verpflichtet bleibt, immerhin nicht zu.

<https://www.jungewelt.de/artikel/517097.un-sonderberichterstatterin-khan-deutschland-am-scheideweg.html>